



NRWinfo

BUND
FREUNDE DER ERDE

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

3/ 2011

Zukunft statt Kohle und Atom



Zukunft statt Kohle und Atom

Nach dem von einer breiten Protestbewegung erzwungenen Ausstieg aus der Atomenergie geht Nordrhein-Westfalen jetzt bei der Energiewende voran. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz und dem unlängst in Kraft getretenen Windenergie-Erlass wird der Abschied vom Kohleland NRW möglich und der Weg frei für eine zukunftsfähige Energiepolitik ohne fossile und nukleare Hochrisikotechnologien. Auch das maßgeblich vom BUND erreichte Aus des geplanten Kohlekraftwerks in Krefeld ist ein wichtiges Signal: Trotz Atomausstieg gehen die Lichter hierzulande nicht aus, neue Kohlekraftwerke sind ebenso unnötig wie schädlich.



Erfolgreiche Kampagne von BUND und Klima-Allianz: Das Klimaschutzgesetz kommt!

Foto: D. Jansen

NRW muss Vorreiter werden

In 2010 ist der Ausstoß an Treibhausgasen in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr um 21,5 Millionen Tonnen angestiegen. Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen etwa 314 Millionen Tonnen klimaschädliche Gase emittiert; das entspricht einem Anteil von etwa 33 Prozent an den deutschen Gesamtemissionen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Scheitert NRW beim Klimaschutz, scheitert auch Deutschland.

Mit dem Entwurf für ein NRW-Klimaschutzgesetz nimmt die Landesregierung die Verantwortung an und macht sich zum bundesweiten Vorreiter. Kein anderes Bundesland hat bislang ein solches Gesetz. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll damit hierzulande bis zur Mitte des Jahrhunderts um mindestens 80 Prozent gesenkt werden. Auch wenn einige Details, wie etwa die konkrete Verankerung der Klimaschutzziele in der Raumordnung, noch unklar sind, ist ein solches Gesetz ein klimaschutzpolitischer Meilenstein.

Windenergie-Erlass: Auftrieb für Erneuerbare

Der Mitte Juli in Kraft getretene neue Windenergie-Erlass wird dem umwelt- und menschenverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien neuen Auftrieb geben. Insbesondere der Wegfall der Höhenbeschrän-

kungen gibt wichtige Impulse für den Ersatz von wenig effizienten Altanlagen, ohne dass die Belange des Natur- oder Immissionsschutzes vernachlässigt würden. Bei konsequentem Ersatz der „alten Möhren“ durch neue Anlagen könnte der Windanteil an der NRW-Stromerzeugung bis 2020 verfünffacht werden - und das ohne mehr Windräder.

Kohlepolitik des Landes widersprüchlich

Trotz des klaren Bekenntnisses zum Klimaschutz halten Teile der Landesregierung aber immer noch am „Klimakiller Kohle“ fest. Insbesondere das umstrittene E.On-Kohlekraftwerk Datteln 4 sorgt weiter für Streit. Dabei ist Energieexperten längst klar, dass Grundlastkraftwerke, die rund ums Jahr Strom liefern, zukünftig eine immer geringere Rolle spielen werden. Was wir für eine Übergangszeit noch brauchen, das sind hocheffiziente, schnell regelbare Gaskraftwerke. Diese können die Schwankungen der Erneuerbaren flexibel ausgleichen. Insofern ist der Schwenk von Trianel, anstelle in Krefeld auf Kohle jetzt auf Gas zu setzen, zukunftsweisend.

Auch die Kraft-Wärme-Kopplung, welche die gleichzeitige Produktion von Strom und Wärme ermöglicht, bietet noch große, bis heute leider zu wenig genutzte Potenziale. Hier plant die Landesregierung eine Verdoppelung des Anteils auf 25 Prozent bis 2020. Eine entsprechende Ausbaustrategie fehlt jedoch noch.

Unverzichtbar ist die Speicherung des Stroms aus erneuerbaren Energien. Trianel und die Stadtwerke Düsseldorf wollen deshalb neue Pumpspeicherkraftwerke in der Eifel, dem Sauerland und in Ostwestfalen bauen. Diese gilt es, naturverträglich und unter frühzeitiger Einbeziehung aller Beteiligten zu planen. Gleiches gilt für den Netzausbau, der sich aber allein am Ziel einer 100-prozentigen Versorgung durch Erneuerbare orientieren darf.

Die Energiewende kann in NRW gelingen. Der BUND wird dabei kritisch-konstruktiv mitarbeiten. Darauf können sich unsere Mitglieder verlassen.

Dirk Jansen



„RWE den Stecker ziehen“

Protestcamp vor Klimakiller

Vom 15. auf den 16. Juli 2011 errichtete die BUNDjugend zusammen mit den Bündnispartnern des ‚Klimacamp 2011‘ ein Protestcamp vor der RWE-Zentrale in Essen. Im Schatten des RWE-Towers, dem Wahrzeichen des Konzern, demonstrierten die Jugendlichen gegen die desaströse Klimapolitik des Energieriesen. RWE ist mit rund 160 Millionen Tonnen der größte CO₂-Emittent Europas.

Der größte Teil dieser Emissionen stammt aus dem Rheinischen Braunkohlerevier, das mit rund 90 Millionen Tonnen CO₂ die größte Quelle des Treibhausgases in Europa ist. VertreterInnen von örtlichen Bürgerinitiativen verwiesen zudem auf die fatalen Auswirkungen des Tagebaus in der Region: Grob- und Feinstaubbelastungen, radioaktive Immissionen, Bergschäden und Wertverlust der Häuser, die Vernichtung des Hambacher Forst als Natur- und Erholungsraum sowie die Störung des sozialen Klimas durch den Konzern.

Die Jugendlichen setzten dem klima- und menschenfeindlichen Handeln von RWE vor dessen Zentrale ein buntes Programm mit Trommeln und Digeridoos, Frisbee und Jonglage, Essen und Trinken, Workshops und Diskussionsrunden entgegen. Mit dem Camp unweit der Essener Innenstadt konnten zahlreiche PassantInnen über die Auswirkungen der Braunkohlentagebaue im Rheinland und die katastrophale Klimabilanz des Konzern informiert und auf diese Weise zum Wechsel des Stromanbieters animiert werden.

Das Protestcamp vor der RWE-Tower war zugleich ein Warm up für das ‚Klimacamp 2011‘, das die BUNDjugend zusammen mit Attac Köln, dem Eine Welt Netz NRW, dem Klimabündnis Niederrhein, dem Klima!Bewegungsnetzwerk und NoYa organisiert. Zum Klimacamp vom 26. August bis 4. September in Kerpen-Manheim werden rund 400 Teilnehmenden im Abbaugelände des Tagebaus Hambach erwartet. (sf)

 www.klimacamp2011.de

Einfach mal abschalten: Jugend-Protest vor der Essener RWE-Zentrale. Fotos: BUNDjugend NRW



Weiterer BUND-Erfolg

Keine Kohle in Krefeld

Die Trianel-Gesellschafterversammlung hat jetzt das Aus für das in Krefeld geplante 750 Megawatt-Kohlekraftwerk beschlossen. Das ist ein weiterer großer Erfolg für Mensch und Umwelt. Der hartnäckige Widerstand von BUND und Bürgerinitiativen hat die Trianel-Gesellschafter letztendlich überzeugt: Kohlekraftwerke haben energiewirtschaftlich keine Zukunft und sind aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes nicht genehmigungsfähig.

Die Entscheidung der 30 an dem Projekt beteiligten deutschen Stadtwerke, die Planung eines Kohlekraftwerks offiziell zu beenden und stattdessen auf ein Gaskraftwerk umzuschwenken ist zukunftsfähig. Hocheffiziente und flexible Gaskraftwerke sind als Brückentechnologie hin zu einer Vollversorgung durch Erneuerbare Energien noch unverzichtbar. Gas ist der am wenigsten klimaschädliche fossile Energieträger und verbrennt zudem wesentlich sauberer als Kohle. Das Kohlekraftwerks-Aus ist also auch gut für die Luftreinhalteplanung in Krefeld, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet. Dort überwiegt in Sachen Feinstaub-Belastung zumeist der so genannte regionale Hintergrund. Kohlekraftwerke aber sind wahre Dreckschleudern, die alle Bemühungen zur Immissionssenkung und zum Gesundheitsschutz zunichte machen können.

Einzig die geplante Dimensionierung - die Rede ist von zwei Blöcken mit je 600 Megawatt elektrischer Leistung - scheint zu hoch. Diese muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Der BUND fordert ferner, zukünftig nicht

nur den Uerdinger Chemiepark mit Dampf aus dem Gaskraftwerk zu versorgen, sondern gleichfalls die Fernwärmeversorgung - auch im Rechtsrheinischen - massiv auszubauen. Nur so kann ein umweltfreundlich hoher Nutzungsgrad erzielt werden.

Das Aus für das Krefelder Kohlekraftwerk ist nach den bereits in Köln und Düsseldorf erzwungenen Umplanungen ein weiterer Erfolg der BUND-Anti-Kohle-Kampagne. (dj)

So sehen Sieger aus: Fünf Jahre Einsatz haben sich gelohnt, das Kohlekraftwerk Krefeld wurde erfolgreich verhindert.

Foto: Archiv D. Jansen

 Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/

BUND schreibt Rechtsgeschichte Klagerechte gestärkt

Großer juristischer Erfolg für den BUND in NRW: Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 12. Mai die Klagerechte von Umweltverbänden entscheidend gestärkt. Hintergrund ist die BUND-Klage gegen das Trianel-Kohlekraftwerk in Lünen.

Bisher konnten Umweltverbände in Deutschland rechtswidrige Beeinträchtigungen der Umwelt durch Kohlekraftwerke und andere nach dem Bundesimmissionsschutzrecht zu genehmigende Anlagen nur in äußerst eingeschränktem Umfang gerichtlich prüfen lassen. Ausgerechnet Verstöße gegen Vorschriften zum Schutz der Natur, des Wassers oder der vorsorgenden Luftreinhaltung konnten von Umweltverbänden nicht vor Gericht geltend gemacht werden. In einem vom Münsterschen Oberverwaltungsgericht dem Europäischen Gerichtshof vorgelegten so genannten Vorabentscheidungs-Ersuchen ging es deshalb um die Frage, ob diese Einschränkung der Klagerechte mit europäischem Recht vereinbar sei.

Diese Frage wurde eindeutig zu Gunsten des BUND entschieden. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes ist ein herausragender Erfolg zur Stärkung der Bürgerrechte in Genehmigungsverfahren für industrielle Großvorhaben. Umweltverbände in Deutschland und überall in Europa können künftig die umfassende gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit umweltrelevanter Bauvorhaben und Industrieanlagen erwirken.

Ganz konkrete Auswirkungen hat das EuGH-Urteil aktuell vor allem auf die BUND-Klagen gegen die geplanten Kohlekraftwerke in Lünen und Datteln. Derzeit werden beide Kraftwerke wegen der laufenden Klagen von den Betreibern auf eigenes Risiko gebaut. Setzt sich der BUND in den weiteren Verfahren durch, müssten die milliardenteuren Bauten wieder abgerissen werden. (dj)

 Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/



Sie sind BUND-Mitglied und wollen über aktuelle Entwicklungen und Termine der Klima- und Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen per Online-Newsletter informiert werden? Dann abonnieren Sie den BUND-Newsletter Klima und Energie NRW! Kurze Mail an dirk.jansen@bund.net genügt.

Kohlekraftwerk Datteln 4 Gegen neue Lex E.ON

Begleitet von Protesten des Kampagnennetzwerks Campact und des BUND hat die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr Ende Juni die Fortsetzung des Regionalplanänderungsverfahrens zugunsten des umstrittenen E.On-Steinkohlekraftwerks Datteln 4 beschlossen. Die Umweltschützer sehen darin eine erneute Lex E.On, womit dem „rechtswidrigen Kraftwerkstorso“ neues Leben eingehaucht werden soll. Enttäuscht zeigte sich Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND, über die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen: „Dass die RVR-Grünen den Weg für das rechtswidrige Klimakiller-Kraftwerk ebnen helfen, ist ein energiepolitisches Armutszeugnis. Damit droht nach „Garzweiler II“ ein weiterer Sündenfall der Grünen, politische Glaubwürdigkeit sieht anders aus.“

Im Vorfeld der Entscheidung hatte der BUND die Mitglieder der Verbandsversammlung aufgefordert, der nachträglichen Legalisierung des gescheiterten Kraftwerksprojekts unter Verletzung des Vertrauensschutzes und des Schutzanspruchs der Bevölkerung eine Absage zu erteilen. Ohne Erfolg. Mit der rein politisch motivierten Entscheidung zur Fortsetzung des Verfahrens macht sich der RVR nunmehr zum Erfüllungsgehilfen von E.On und handelt gegen die Anwohner-Rechte. Da die Gerichte den Kraftwerksbebauungsplan aufgehoben haben und auch alle immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen aufgrund der BUND-Klage für rechtswidrig erklärt wurden, stand das Kraftwerk kurz vor dem endgültigen Aus. Jetzt kann E.On wieder Hoffnungen schöpfen.

Seit dem 1. August liegen nunmehr die Pläne zur Änderung des Regionalplans öffentlich aus. Der BUND hofft, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit zur Stellungnahme nutzen. (dj)

 Alle Infos zum Kraftwerk Datteln und der Regionalplanänderung: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/datteln



Keine neue Lex E.On: Aktivisten von BUND und Campact verbiegen symbolisch einen Paragraphen. Damit protestieren sie gegen eine neue Rechtsbeugung zugunsten des Dattelner Kraftwerk-Schwarzbaus. Foto: M. Hegensbach/Campact

„Erfolg bei ‚David gegen Goliath‘ ist umso schöner“

Der große Erfolg des BUND im Widerstand gegen den Bau von umweltschädlichen Kohlekraftwerken ist ohne juristischen Beistand nicht denkbar. **NRWinfo** sprach darüber mit Rechtsanwalt Dirk Teßmer, der den BUND seit langem unterstützt. Auch der jüngste Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof geht auf sein Konto. Auch im Ehrenamt ist Dirk Teßmer dem BUND verbunden: Er ist Mitglied im Hessischen Landesvorstand und auch im Bundesarbeitskreis Recht aktiv.

Der Streit um Kohlekraftwerke erinnert an „David gegen Goliath“. Sehen Sie dort „Waffengleichheit“?

Von „Waffengleichheit“ kann leider keine Rede sein. Auf der einen Seite stehen große Unternehmen mit ihren Mitarbeiterstäben, einer Schar Fachgutachter und großen Kanzleien bzw. der staatliche Behördenapparat und auf der anderen Seite ein - im Vergleich hierzu - kleiner Umweltverband oder eine Bürgerinitiative. Erfolg kann man in dieser Ausgangslage nur haben, wenn auf Seiten der Betroffenen und Umweltschützer mit hohem Engagement und bei richtiger Schwerpunktsetzung mit speziell erworbener Kompetenz dagegen gehalten wird. Es gibt zum Glück immer mehr Menschen, die bereit sind, den hohen ehrenamtlichen Zeitaufwand zu investieren und ihre Überzeugung in die Verfahren einzubringen. Es ist meist dieses hohe persönliche Engagement, welches dann am Ende dazu führt, dass David gegen Goliath gewinnt.

Der BUND hat in NRW u.a. in Datteln, Lünen, Krefeld und Düsseldorf Erfolge erzielt. Sind Kohlekraftwerke heute überhaupt noch genehmigungsfähig?

Die rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im deutschen Recht, sind nach wie vor so gestrickt, dass Anlagen meist genehmigt werden. Aber die Anforderungen an eine Genehmigung sind gerade auch im Hinblick auf den Schutz betroffener Menschen und der Umwelt anspruchsvoller ge-

worden. Dies geht zumeist auf europäische Vorgaben zurück. Unternehmen und Behörden vernachlässigen diese zuweilen noch und machen damit die Projekte angreifbar. Es gibt heute viel häufiger Standorte und Vorhaben, die nicht mehr genehmigungsfähig sind. Wenn ein Vorhabensträger das bei seiner Planung nicht einsieht und auf die Durchsetzbarkeit einer ungenügenden Planung setzt, dann kann ein Umweltverband erreichen, dass ein solches Projekt nicht realisiert wird.



Dirk Teßmer
ist Rechtsanwalt in der Kanzlei Philipp-Gerlach Teßmer, Frankfurt/M., www.pg-t.de

Etwas Persönliches: Sie arbeiten mit Ihrer Kanzlei seit vielen Jahren unter hohem Einsatz, häufig auch ehrenamtlich, für den Umweltschutz. Vor Gericht mussten Sie auch bittere Niederlagen einstecken. Was motiviert Sie?

Zunächst einmal, dass dafür jeder Erfolg, den wir mit der Klage des Davids gegen Goliath haben umso schöner ist und mit solchen Verfahren auch schon mal ein Stück Rechtsgeschichte geschrieben wird. Im Übrigen ziehe ich meine Motivation daraus, für „die gute Sache“ zu kämpfen und da fällt die Identifizierung mit dem Anliegen der Kläger natürlich leicht. Ich empfinde es als Privileg, in solchen Verfahren im Einklang mit meiner eigenen rechtlichen und häufig auch persönlichen politischen Überzeugung als „Anwalt der Umwelt“ bzw. der Menschen tätig sein zu können. Und wenn man dann unter bisweilen ungünstigen Rahmenbedingungen Erfolg hat, verschafft mir das persönlich eine viel größere Freude als wenn man nur „seinen Job“ erledigt hat.

BUND-Gütesiegel für LWL-Klinik Lippstadt CO₂-Verbrauch um 872 Tonnen reduziert

Eine vorbildliche Energieeffizienz hat der BUND der LWL-Klinik Lippstadt attestiert und sie für weitere fünf Jahre mit dem Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung erhalten Krankenhäuser, die sich in besonderer Weise um Energieeinsparung bemühen und damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Nur sechs der insgesamt 400 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben bisher das BUND-Gütesiegel erhalten

„Im Jahr 2010 wurden 10,9 Prozent weniger klimaschädliches Kohlendioxid durch den Betrieb der LWL-Klinik Lippstadt emittiert als noch 2006. Das entspricht einer Reduzierung um 872 Tonnen CO₂ im Jahr“, würdigte Prof. Dr. Heinrich Münz, stellvertretender Vorsitzender der BUND-Kreisgruppe Soest, die beachtliche Leistung. Insgesamt profitiere aber nicht nur die Umwelt: Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe als Träger der Klinik habe seine Energiekosten am Standort Lippstadt pro Jahr um mehr als 130.000 Euro gesenkt. Die Energieeinsparungen wurden möglich durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket wie die Installation eines Blockheizkraftwerks und die Erneuerung der erdverlegten Fernwärmeleitungen. Auch die oberirdischen Fernwärmeleitungen wurden überprüft und bei Bedarf instandgesetzt oder verbessert. Zudem sind inzwischen in den meisten Gebäuden Hocheffizienz-Heizungsumwälzpumpen eingebaut. Im Zuge von Modernisierungen werden kontinuierlich Fenster mit Wärmeschutzverglasung eingesetzt und Dämmmaßnahmen durchgeführt.



Karl Dietz (links) und Prof. Dr. Heinrich Münz (Mitte) von der BUND-Kreisgruppe Soest überreichen das Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ an (weiter von links): Helmut S. Ullrich (Kaufmännischer Direktor), Manfred Maas (Leiter Abteilung Bau und Technik) und Franz-Josef Heiming (Sachgebietsleiter Zentrale Energieversorgung) als Vertreter der LWL-Einrichtungen Lippstadt.

Foto: LWL

 www.energiesparendes-krankenhaus.de

Mitmach-Aktion: „Keine militärische Nutzung der Senne nach Abzug der Briten“

Nationalpark in Gefahr

Seit langem fordern Naturschützer die Ausweisung eines zweiten NRW-Nationalparks mit der Senne als Bestandteil. Der Kernbereich der Senne - insbesondere der 11.800 ha große Truppenübungsplatz - ist ein europaweit herausragendes Gebiet für den Naturschutz. 21 geschützte Lebensraumtypen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie kommen hier vor. Auch das Arteninventar ist einzigartig: Von den etwa 5.000 hier vorkommenden Tier- und Pflanzenarten stehen 901 auf der „Roten Liste“. Doch die Nationalparkpläne sind in Gefahr: Die CDU in Bund und Land will den Truppenübungsplatz auch nach dem angekündigten Abzug der Briten militärisch nutzen. Dagegen richtet sich eine aktuelle Mitmach-Aktion.

 www.bund-nrw.de/senne

Der Senne käme als Teil eines Nationalparks in Ostwestfalen eine zentrale Bedeutung zu. Bislang scheiterte die Ausweisung trotz entsprechender Landtagsbeschlüsse an der Präsenz des Militärs. Doch entgegen ursprünglich anderer Pläne, wollen die Briten ihren Abzug binnen eines Jahrzehnts in Angriff nehmen. Der gesamte Truppenübungsplatz wurde bereits 2005 zum europäischen Natur- und Vogelschutzgebiet erklärt und unterliegt daher einem Verschlechterungsverbot. Eine Fortsetzung der militärischen Nutzung könnte den Nationalpark-Plänen jedoch einen neuen Rückschlag versetzen.

„Das wäre für den Naturschutz in Ostwestfalen der Supergau“, ist sich Fritz Buhr vom BUND Paderborn sicher. Die ökologische Wertigkeit der Senne existiere

Mitmachen! Online-Appell unterschreiben!



UNSERE SENNE:
Für Mensch
und Natur!



www.bund-nrw.de

nicht wegen, sondern trotz der militärischen Nutzung. „Die Briten, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges auf Grund des Nato-Truppenstatuts als ehemalige Britische Rheinarmee die Verwaltung des Nato-Truppenübungsplatzes übernommen hatten, haben sich zwar bemüht, die Eingriffe in den Landschaftsraum möglichst naturverträglich zu gestalten; aber Soldaten sind eben keine Landschaftswächter“, sagt BUND-Mann Buhr. Eine fortgesetzte Militärgeschichte würde dem wertvollen Ökosystem weiteren Schaden zufügen. Die Naturschützer befürchten insbesondere eine weiträumige Beunruhigung und Verlärmung des gesamten Landschaftsraumes durch den militärischen Übungsbetrieb. Bodenverdichtungen und -versiegelungen, neue bauliche Einrichtungen und Schadstoffeinträge würden das Gebiet weiter beeinträchtigen.

In Anbetracht dieser höchsten Gefahrenstufe für den Naturschutz haben die Paderborner Naturschutzverbände mit den Kreisgruppen von BUND und NABU, den LNU-Verbänden, Umweltschutzverein pro grün und GNS, dem Naturwissenschaftlichen Verein Paderborn und der Kreisgruppe von attac eine Unterschriften-Aktion gestartet. Darin fordert der Unterschreibende, dass der Truppenübungsplatz Senne nach Abzug der Britischen Streitkräfte nicht mehr militärisch genutzt wird. Die Unterschriften sollen dem Verteidigungsminister in Berlin übergeben werden. (dj)



BUND Lemgo eröffnet Obstsortenlehrpfad

Die BUND Ortsgruppe Lemgo hat Anfang Juli 2011 feierlich ihren neu geschaffenen Obstsortenlehrpfad eröffnet. Mehr als 30 Sortentafeln informieren nun entlang einer von ihr betreuten Streuobstwiese über die Vielfalt unserer heimischen Obstsorten. Bei der Erstellung und dem Aufbau der Tafeln packten viele BUND-Mitglieder vor Ort tatkräftig mit an. Der Lehrpfad ergänzt das ohnehin umfangreiche Informationsangebot der Gruppe rund um den Streuobstwiesenschutz.

 www.bund-lemgo.de



Bürgerbeteiligung paradox

Die Kölner Bürgerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens wurde zu einem Lehrbeispiel dafür, wie eine bessere Bürgerbeteiligung nicht aussehen sollte. Obwohl sich eine deutliche Mehrheit gegen das umstrittene Vorhaben aussprach, führen sich die Befürworter des Hafenausbaus als Sieger auf. Bei der Abstimmung erreichten weder die Befürworter, noch die Gegner des Ausbaus die vom Stadtrat geforderte Mindestunterstützung von zehn Prozent aller Stimmberechtigten. Laut eigenem Beschluss sieht sich der Rat damit nicht an das Befragungsergebnis gebunden.



Paul Kröfges

ist Landesvorsitzender
des BUND in NRW,
paul.kroefges@bund.net

Rund 880.000 Wahlberechtigte waren am 10. Juli aufgerufen, bei der ersten Volksbefragung der Stadtgeschichte Kölns über den umstrittenen Ausbau des Godorfer Hafens zu entscheiden. Die Bürgerbefragung soll den mehr als 20 Jahre alten Streit um den Ausbau des Godorfer Hafens beenden. Streitpunkt ist der von der Häfen- und Güterverkehr Köln AG (HGK) in Godorf geplante Bau eines vierten Hafenbeckens. Dafür müsste das Naturschutzgebiet Sürther Aue weichen.

72.787 Einwohner oder 56 Prozent der Abstimmenden votierten gegen den Hafenausbau, lediglich 57.307 (44 Prozent) dafür. Insgesamt nahmen 14,8 Prozent der Kölnerinnen und Kölner an der Befragung teil. 87.901 Nein-Stimmen hätten es mindestens sein müssen, um das Vorhaben zu stoppen.

Mit der eine Million Euro teuren Befragung sind die Gräben zwischen den streitenden Parteien noch tiefer geworden. Die Skepsis des BUND gegenüber der von der SPD im Kölner Rat in erpresserischer Manier durchgesetzten Bürgerbefragung hat sich bestätigt. Diese diene letztlich nur dazu, bei voraussehbarem Ergebnis (= Quorum nicht erreicht) nachträglich eine Legitimierung für das juristisch gescheiterte Bauvorhaben zu bekommen. Es war absehbar, dass in einer Millionenstadt nicht davon auszugehen ist, mit einem lokalen Brennpunktthema und seinen komplexen Wechselwirkungen im Hau-Ruck-Verfahren stadtweit durchzudringen.

Daraus ergibt sich für den BUND die grundlegende Forderung, die Vorgaben für Bürgerbefragungen generell zu reformieren. Eine 10-prozentige Beteiligung der Wahlberechtigten, eine klare Fragestellung und Mehrheitsentscheidungen ohne Quorum könnten einen wichtigen Beitrag für mehr direkte Demokratie leisten.

Das Aktionsbündnis gegen den Hafenausbau mit

dem BUND mittendrin, ist aber trotzdem zu Recht stolz auf das, was erreicht wurde. Die Seite der Ausbaubefürworter mit IHK, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Hafengesellschaft, SPD und CDU führte eine Materialschlacht mit Fesselballons, Zeitungsbeilagen, riesigen Annoncen, Video und Radioclips, Hauswurfsendungen und Lunchpaketen. Sie hat trotzdem keine Mehrheit gefunden und damit Geld der Steuer-, Beitrags- und Gebührenzahler versenkt. Wir dagegen haben mit Kreativität, ehrenamtlichem Engagement, fachlicher Kompetenz und guten Argumenten über 72.000 Einwohner und eine deutliche Mehrheit der abstimmenden Bürgerinnen und Bürger Kölns hinter uns gebracht.

Derzeit findet auf Landesebene ein intensiver Dialog zum Thema „Wirtschaft und Umwelt“ zwischen Landesregierung, Wirtschaft und Umweltverbänden statt. Ein wichtiges Thema ist hierbei die Verbesserung der Dialogkultur durch die frühzeitige Beteiligung der betroffenen Bürger auf „Augenhöhe“ und in einem Stadium, wo noch „ergebnisoffen“ Entscheidungen getroffen werden können.

Das Kölner Verfahren, vor allem aber Umgang damit ist ein krasses Beispiel dafür, wie man es nicht machen darf. Diese Einschätzung betrifft dabei nicht so sehr den Prozess der Bürgerbefragung an sich, der ja immerhin stadtweit Information, Entscheidungshilfe und Engagement mobilisierte.

Es sind die Botschaften, die jetzt im Nachgang vom Kölner Oberbürgermeister und den Parteivertretern von SPD und CDU vermittelt werden. Demnach hätten sich ja 85% der Wahlberechtigten nicht beteiligt und damit wohl dafür plädiert, solche komplexen Entscheidungen in die Hände der dafür gewählten Politiker zu legen.

Ganz offensichtlich haben diese Damen und Herren nichts gelernt und verstanden. Von daher klare Sache in Köln, der Kampf gegen den Hafenausbau in Godorf geht weiter!

 www.suerther-aue-retten.de



Ortstermin in der Aue: Der BUND-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger (Mitte) unterstützt die Ausbaueegner.

Foto: D. Putscher

Anerkennung für Ehrenamtliche Bundespräsident lobt „BUND-Spechte“

Zu den ausgewählten Ehrenamtlichen, die zum NRW-Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Christian Wulff auf die Zeche Zollverein nach Essen eingeladen



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit Dominik Krahwinkel und Luzie Fehrenbacher.

Foto: BUND-Archiv

waren, gehörten auch Dr. Luzie Fehrenbacher und Dominik Krahwinkel von den BUND-Spechten in Jüchen. Wulff lobte in seiner Ansprache die Wichtigkeit des Ehrenamtes für eine funktionierende Zivilgesellschaft. „Man kann gar nicht genug wertschätzen, was in unserem Land ehrenamtlich und freiwillig geleistet wird,“ sagte Wulff. Viele Angebote könnten ohne Ehrenamt gar nicht

erbracht werden und machten dieses Engagement so wichtig.

Die BUND-Spechte sind die Kinder- und Jugendgruppe des BUND in Jüchen. Unter der engagierten Leitung von Luzie Fehrenbacher kümmern sie sich seit mehr als einem Jahrzehnt um den Naturschutz in der vom Tagebau Garzweiler stark gebeutelten Region. Viele ihrer Projekte wurden schon ausgezeichnet.

Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft lobte das ehrenamtliche Engagement und suchte ebenso wie Wulff das persönliche Gespräch mit den BUND-Vertretern. So interessierte es die Landesmutter, warum Dominik bei den BUND-Spechten mitmacht und was ihm bei den Umweltaktivitäten gefällt. Kraft zog dabei auch Parallelen zu ihrem eigenen politischen Werdegang, der mit dem Ehrenamt begann. (dj)

 www.bund-kreis-neuss.de/ortsgruppen/juechenkorschenbroich/bund_spechte

Streit um Nordbahntrasse in Wuppertal Feursalamander und Co.

Auf einem stillgelegten Bahndamm in Wuppertal mit sieben Tunneln und bedeutsamen Fledermaus- und Amphibienvorkommen soll eine rund 20 km lange Radtrasse gebaut werden. Das sorgt vor Ort für heftigen Streit. So wichtig die Naturschutzverbände die Förderung des Radverkehrs auch finden, drän-

gen sie auch auf Berücksichtigung der Naturschutzbelange. Das kann vor Ort nicht jeder akzeptieren.

Für die beiden besonders wertvollen Tunnel wurden jetzt endlich Regelungen getroffen, die den Schutz der Fledermäuse berücksichtigen. Durch teilweise Sperrungen, den Verzicht auf Beleuchtung und Sicherungsmaßnahmen werden die Fledermausquartiere optimiert. Damit verbuchen die Naturschützer nach jahrelangen Untersuchungen, zweimaligem Stilllegen der Baustelle und mehrfachen Beschwerden bei der Bezirksregierung, dem Umweltministerium, der EU und zahlreichen informellen Terminen erstmals einen Teilerfolg.

Dennoch verbleiben noch immer einige „Baustellen“. Artenschutzrechtliche Vorgaben müssen unter Beteiligung der Verbände abgearbeitet, die Winterperiode verlängert und der Schutz des regional bedeutsamen Feuersalamander-Vorkommens während Bauzeit und Betrieb sichergestellt werden. Nur so kann der notwendige Ausgleich zwischen den Belangen des Naturschutzes und den Interessen des Radverkehrs gewährleistet werden. Ob die teilweise heftige Diskussion vor Ort damit befriedet wird, bleibt indes abzuwarten.

Sabine Hänel, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW,
www.lb-naturschutz-nrw.de

+++ kurz und bund +++

► Auszeichnung für BUNDjugend:

„Einfach ganz ANDERS“ ist das neue Bildungsprojekt für die Arbeit an Ganztagschulen. Gemeinsam engagieren sich die BUNDjugend NRW und das Eine Welt Netz NRW landesweit für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen. Das Projekt wurde jetzt als offizielles Dekade-Projekt von der UNESCO ausgezeichnet.

www.einfachganzanders.de



► Immer gut informiert: BUND NRW-Newsletter: Über

den eMail-Verteiler des BUND NRW-Ticker erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz, zu aktuellen Erfol-



ξ [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/service/newsletter_nrw_ticker]

Das Presseabo liefert Ihnen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/presse/presseabo]

